

und Verabschiedung des Sozialpaktes in den Vereinten Nationen 1966 habe mitwirken können (damals hatte noch Taiwan den chinesischen UN-Sitz inne), müsse man jetzt erst viele Einzelfragen - wohl insbesondere der Kompatibilität mit der innerchinesischen Rechtslage - prüfen, bevor der Pakt offiziell ratifiziert werden könne.

Ein Vertreter der Kommission für Rechtsordnungsarbeit beim Ständigen Ausschuss des NVK wies darauf hin, daß die Vereinigten Staaten die Internationale Konvention über politische und bürgerliche Rechte (den sogenannten „Zivilpakt“, der umfassende konkrete Garantien für politische Freiheits-, Mitwirkungs- und Abwehrrechte enthält) auch erst 15 Jahre nach der Unterzeichnung ratifiziert hätten. Und der „Sozialpakt“ sei vom amerikanischen Parlament bis heute - also 22 Jahre nach der Unterzeichnung - noch gar nicht ratifiziert worden. (XNA, 10.3.1999)

Der explizite Hinweis auf die verzögerte Ratifizierung durch die USA läßt darauf schließen, daß auch die chinesische Seite sich viel Zeit für die offizielle Inkraftsetzung der beiden internationalen Pakte lassen wird. Der von der chinesischen Regierung im Oktober 1998 unterzeichnete „Zivilpakt“ ist bisher noch nicht an den Ständigen Ausschuss des NVK weitergeleitet worden und hat somit nicht einmal die allererste Stufe des Ratifizierungsprozesses durchlaufen. Aufgrund des politisch hochsensiblen Inhalts des „Zivilpaktes“ ist auch kaum mit einer baldigen Entscheidung zu rechnen. -hei-

vom Staatsrat verabschiedet worden. Der Plan besteht aus 12 Kapiteln mit insgesamt 50 Punkten. Die Themen der einzelnen Kapitel lauten wie folgt:

1. Verwirklichung des „Projekts Qualitätsbildung fürs nächste Jahrhundert“ mit dem Ziel der Anhebung der Qualität des Volkes. Ausgehend davon, daß die beiden grundlegenden Bildungsziele Einführung der neunjährigen Schulpflicht und Abschaffung des Analphabetentums unter jüngeren Leuten bis zur Jahrhundertwende im wesentlichen erreicht sein werden, soll das Bildungsniveau der gesamten Bevölkerung weiter angehoben werden. Dazu wird eine Standardisierung der Schulbildung angestrebt. Ausdrücklich erwähnt werden Sport- und Kunsterziehung sowie die Standardisierung der Sprache und Schrift.
2. Anhebung der Qualität der Lehrer: Aus- und Weiterbildung sollen gefördert werden.
3. Projekt zur Ausbildung hochqualifizierter innovativer Wissenschaftler: Stärkung der Hochschulforschung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses durch verstärkte Ausbildung von Doktoranden und Schaffung von Post-Doc-Stellen.
4. Ausbau des „Projekts 211“: Die in dieses Projekt aufgenommenen Universitäten sollen über erstklassige Forscher verfügen, die sich innovativer Forschung widmen.
5. Ausbau einer Reihe von Eliteuniversitäten zu erstklassigen Universitäten von Weltrang.
6. Aufbau eines modernen Daten-netzes für das Bildungswesen, namentlich des CERNET (China Education and Research Network), des Satellitenfernsehens für Bildungszwecke sowie eines Systems des lebenslangen Lernens.
7. „Projekt für die Umsetzung von Hochtechnologie und neuen Technologien an den Hochschulen“: Die Hochschulen sollen sich zu Innovationszentren entwickeln, die dem wirtschaftlichen Aufbau, insbesondere der Modernisierung der veralteten Industrieanlagen und der Landwirtschaft, dienen.
8. Durchsetzung des „Hochschulgesetzes“ mit dem Ziel des beschleunigten Ausbaus der Hochschul-

bildung, der Beschleunigung der Hochschulreform sowie der Steigerung der Qualität und Effektivität der Hochschulbildung. Als quantitative Ziele werden genannt: Bis zum Jahr 2000 soll die Zahl der Studenten im Grundstudium 6,6 Mio. erreichen, die Hochschulzugangsrate 11 Prozent. Das Verhältnis von Studenten zu Lehrern an den regulären Hochschulen soll 12 : 1 und die Zahl der Studenten an diesen Hochschulen durchschnittlich 4000 (derzeit liegt die durchschnittliche Zahl der Studenten pro Hochschule meist um die Hälfte niedriger, und auf eine Lehrkraft kommen nur ca. 8 Studenten). Bis zum Jahr 2010 soll die Hochschulzugangsrate auf 15 Prozent erhöht werden.

9. Ausbau der Berufs- und Erwachsenenbildung, ausdrücklich auch für die Landwirtschaft.
10. Weitere Reform des Systems der Schulbetreiber: Der Staat bleibt Hauptbetreiber der Schulen, daneben können gesellschaftliche Kräfte Schulen betreiben, d.h. öffentliche (*gongban*) und nichtöffentliche (*minban*) Schulen bestehen nebeneinander.
11. Steigerung der Investitionen ins Bildungswesen: Als Ziel wird für die staatlichen Investitionen ins Bildungswesen ein Anteil von 4 Prozent des BSP genannt. Bis zum Jahr 2000 sollen es 3 Prozent sein. Insbesondere sollen die im Bildungsgesetz vorgeschriebenen „Drei Erhöhungen“ durchgesetzt werden, d.h. die Bildungsausgaben der Regierungen aller Ebenen müssen höher liegen als die Einkünfte der Finanzämter der betr. Ebene; die Bildungsausgaben pro Schüler/Student müssen schrittweise erhöht werden; die von der öffentlichen Hand gezahlten Lehrergehälter und Aufwendungen pro Schüler/Student müssen schrittweise erhöht werden.
12. Ideologische Bildung: Hochhalten der Theorien Deng Xiaopings, insbesondere Stärkung der ideologisch-politischen Arbeit der Parteikomitees an den Hochschulen und Ausbau der Hochschulen zu Stützpunkten für den Aufbau einer sozialistischen geistigen Kultur.

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

14 Veröffentlichung des Aktionsplans für Bildungswesen

Der „Aktionsplan für den Aufschwung des Bildungswesens im 21. Jh.“ (vgl. dazu C.a., 1999/2, Ü 15) wurde am 25. Februar 1999 in Auszügen in der GMRB veröffentlicht. Er war im Dezember 1998 vom Bildungsministerium vorgelegt und am 13. Januar 1999

Die Durchsicht der Zusammenfassung des Aktionsplans im Wortlaut bestätigt die Einschätzung, daß der Schwerpunkt dieses Plans auf der Hochschulbildung liegt (vgl. C.a., 1999/2, Ü 15). Es geht darum, Chinas Wirtschaft mit Hilfe der Wissenschaft zu modernisieren, also eine auf Wissenschaft gegründete Wirtschaft aufzubauen, eine „Wissenswirtschaft“ (*zhishi jingji*), wie es in einem Kommentar der GMRB am 25.2.1999 heißt. Um die in dem Plan aufgeführten Ziele zu erreichen, bedarf es gewaltiger Anstrengungen, vor allem finanzieller Art. Die Zielmarke von 4 Prozent des BSP bis zur Jahrhundertwende wurde erstmalig in dem Programm für die Reform und Entwicklung des Bildungswesens vom Februar 1993 genannt. In dem neuen Aktionsplan jedoch wurde kein Jahr angegeben, bis wann dieser Prozentsatz erreicht werden soll. Zunächst einmal werden 3 Prozent bis zum Jahr 2000 angestrebt, denn 4 Prozent liegen längst außerhalb der Realisierungsmöglichkeit. Tatsächlich sind die öffentlichen Bildungsausgaben in den letzten Jahren nicht entsprechend den gesetzlich vorgeschriebenen Steigerungsraten erhöht worden (vgl. dazu C.a., 1998/10, Ü 10). -st-

15 Post-Doc-Forschung

In den letzten Jahren hat China die Post-Doc-Forschung stark gefördert. Sie ist Teil des Programms, hochqualifizierte Wissenschaftler für das nächste Jahrhundert auszubilden. Zu diesem Zweck hat der Staat befristete Post-Doc-Forschungsstellen eingerichtet, auf denen die Jungakademiker Gelegenheit zu selbständiger Forschung haben. Der Vorteil dieser Stellen ist, daß die Post-Doc-Forscher nicht in eine festgefügte Arbeitseinheit kommen, in der sie den Rest ihres Berufslebens verbringen, sondern erst in verschiedenen Instituten oder Betrieben Erfahrungen sammeln können. Wie von seiten des Personalministeriums verlautete, gibt es in China derzeit 787 Stationen für die Aus- und Weiterbildung von Post-Doc-Wissenschaftlern. Sie befinden sich durchweg an Universitätsinstituten oder anderen Forschungsinstitutionen. Zur Förderung der Verbindung von Produktion und wissenschaftlicher Forschung wurden zusätzlich in 62 Betrieben Stellen

für Post-Doc-Forscher eingerichtet. Insgesamt gibt es zur Zeit 9.700 Post-Doc-Forscher. Die Förderung der Post-Doc-Forschung dient der gezielten Ausbildung von wissenschaftlichen und technischen Führungskräften für das nächste Jahrhundert. Die meisten der über 600 Post-Doc-Wissenschaftler, die ihre Post-Doc-Ausbildung bereits hinter sich gebracht haben, zählen heute als Hochschullehrer oder Forscher zu den führenden Kräften in Wissenschaft und Technik. Im „Aktionsplan für den Aufschwung des Bildungswesens im 21. Jh.“, den der Staatsrat am 13. Januar 1999 verabschiedet hat (Auszüge veröff. in GMRB, 25.2.99), wird in Punkt 15 ausdrücklich der weitere Ausbau von Post-Doc-Stellen gefordert. (Vgl. GMRB, 30.3.99, S.2.) -st-

16 Hochschulreform in Shanghai

In Shanghai ist die Hochschulreform ein gutes Stück vorangekommen. Gemäß der offiziellen Politik, die Zahl der Hochschulen zu reduzieren, um die Qualität der Hochschulbildung zu erhöhen, hat Shanghai die Zahl seiner tertiären Bildungseinrichtungen von 51 auf 39 gesenkt, und zwar durch Zusammenlegung oder Übernahme. Dadurch erhöhte sich die durchschnittliche Studentenzahl pro Hochschule von 2.600 auf 4.300. Während die Mehrzahl der Hochschulen von der Stadt betrieben wird, hat die Stadtregierung mit mehreren Ministerien der Zentralregierung wie dem Bildungsministerium, dem Gesundheitsministerium und dem Finanzministerium Verträge unterzeichnet, nach denen neun Shanghaier Universitäten gemeinsam von der Zentrale und der Stadtregierung finanziert werden; dazu zählen die drei angesehensten Universitäten, die Fudan-, Jiaotong- und Tongji-Universität. Außerdem bemüht sich Shanghai weiterhin um den systematischen Ausbau der Fudan- und der Jiaotong-Universität zu international angesehenen Universitäten. Gemeint ist damit das „Projekt 211“, in das die 100 besten Universitäten Chinas aufgenommen werden, damit sie im 21. Jh. mit den Spitzenuniversitäten der Welt konkurrieren können (vgl. dazu C.a., 1998/6, Ü 13). An den beiden Shanghaier Universitäten sollen künf-

tig jeweils 20.000 Studenten studieren, 30 Prozent von ihnen werden Postgraduierte sein. (Vgl. XNA, 17.3.99.) -st-

17 Aufnahme von Studenten aus Taiwan

Seit mehreren Jahren studiert eine zunehmende Zahl von Studenten aus Taiwan an Universitäten auf dem Festland. Gegenwärtig sind gut 2.000 Taiwaner Studenten an Hochschulen der VR China eingeschrieben, davon allein 500 an Hochschulen der Taiwan gegenüberliegenden Provinz Fujian, die somit über das größte Kontingent an Taiwan-Studenten verfügt. Diese studieren namentlich an der Fujianer Hochschule für traditionelle chinesische Medizin und an der Pädagogischen Hochschule Fujian. Bisher war es so, daß sich die Bewerber um einen Studienplatz auf dem Festland an den nationalen Hochschulaufnahmeprüfungen beteiligen mußten, was jedoch aufgrund der unterschiedlichen Bildungssysteme auf Taiwan und auf dem Festland mit gewissen Schwierigkeiten verbunden war. Deshalb hat das Bildungsministerium jetzt zwei Fujianer Hochschulen gestattet, Studenten aus Taiwan direkt aufzunehmen. Gegenwärtig wird überlegt, ob man besondere Aufnahmeprüfungen für Taiwan-Studenten einführen soll, um mehr Studenten aus Taiwan aufnehmen zu können. Dies würde den Austausch zwischen Taiwan und dem Festland fördern, was im Interesse der Provinz Fujian liegt. (Vgl. XNA, 8.3.99.) -st-

18 Anwerbung chinesischer Wissenschaftler aus dem Ausland

Das chinesische Bildungsministerium hat ein Sonderprogramm ins Leben gerufen, mit dem führende Wissenschaftler chinesischer Herkunft, die an westlichen Universitäten arbeiten, als Gastwissenschaftler an chinesische Universitäten berufen werden sollen. Das 1998 bewilligte Projekt wird vom Bildungsministerium und dem Hongkonger Unternehmer Li Ka-shing finanziert. Die gewonnenen Wissenschaftler erhalten ein Jahresgehalt von 100.000 Yuan und müssen sich verpflichten, mindestens vier Monate pro

Jahr an der jeweiligen chinesischen Universität anwesend zu sein und Kurse auf ihrem Fachgebiet zu unterrichten. Für das Programm wurden 63 Universitäten in China ausgewählt und ein Komitee für die Auswahl der Wissenschaftler eingerichtet. Das Bildungsministerium hat eine Liste mit den Namen der zu ernennenden Wissenschaftler herausgegeben. Das Programm läuft in diesem Frühjahr an. Der Zweck des Programms wird vom Auswahlkomitee vor allem in dreierlei Hinsicht gesehen: 1. wird es dem „brain drain“ an Chinas Universitäten abhelfen und dazu beitragen, den Lehrkörper zu stabilisieren; 2. werden die chinesischen Universitäten davon in dem Sinne profitieren, daß sie Expertise auf Fachgebieten erhalten, die weltweit konkurrieren und in denen die Ausbildung von Nachwuchswissenschaftlern für China enorm wichtig ist. (XNA, 12.3.99)

Der Grund, warum für dieses Programm nur Auslandschinesen als Gastwissenschaftler in China in Frage kommen, liegt in erster Linie darin, daß Sprachprobleme entfallen. Ein weiterer Grund dürfte jedoch sein, daß China bestrebt ist, im Ausland lebende führende Wissenschaftler chinesischer Herkunft in ein chinesisches Netzwerk weltweiter Wissenschaftsbeziehungen einzubinden. Ähnlich der Rolle der Auslandschinesen für die globalen Wirtschaftsbeziehungen Chinas könnte ein solches Netzwerk von Wissenschaftsbeziehungen auch die Position der chinesischen Wissenschaft im nächsten Jahrhundert stärken. -st-

19 Nachhaltige Entwicklung: Bevölkerung, Ressourcen, Umwelt

Am 13. März 1999 fand in Beijing eine Arbeitskonferenz des ZK und führender Staatsmänner über die drei kritischsten Probleme für eine nachhaltige Entwicklung in China statt: Bevölkerung, Ressourcen und Umwelt. Staatspräsident und Generalsekretär Jiang Zemin betonte auf der Konferenz, daß es für China weiterhin darauf ankomme, das Bevölkerungswachstum einzudämmen, die natürlichen Ressourcen zu schützen und eine gute ökologische Umwelt zu be-

wahren. Nur dann sei eine nachhaltige Entwicklung für die Gesellschaft bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum zu gewährleisten. Gegenwärtig sei es so, daß die sozioökonomische Entwicklung in China stark durch eine zu hohe Bevölkerung, knappe Ressourcen und starke Umweltverschmutzung beeinträchtigt würde. Die Lösung dieser drei Probleme sei eine dringende Aufgabe, und alle müßten begreifen, daß diese in direktem Zusammenhang mit der Existenz und Entwicklung der chinesischen Nation stehe.

Bevölkerung: Hinsichtlich der Bevölkerungspolitik machte Jiang Zemin deutlich, daß an der strikten Geburtenregelung festgehalten werden müsse und man keine Lockerung zulassen könne. Der Schwerpunkt der Arbeit sei auf die ländlichen Gebiete zu legen, dort sei es auch am schwierigsten. Es komme vor allem darauf an, entsprechende Organisationen an der Basis aufzubauen, geschultes Personal für die Aufgabe einzusetzen, entsprechende finanzielle Mittel bereitzustellen und entsprechende Vorschriften aufzustellen. Im Zusammenhang mit der Kontrolle des Bevölkerungswachstums erwähnte er auch die Notwendigkeit der Schaffung sozialer Sicherungssysteme. (RMRB, 14.3.99)

Auf einer nationalen Arbeitskonferenz für Geburtenregelung, die am folgenden Tag in Beijing stattfand, wurden die Aussagen Jiang Zemins vom Vortage bekräftigt. Auf der Konferenz wurde das Jahr 1998 als ein Jahr bezeichnet, in dem hinsichtlich der Geburtenplanung deutliche Fortschritte erzielt wurden. Erstmals seit den siebziger Jahren sei die natürliche Wachstumsrate mit 9,53 Promille auf unter 10 Promille gesunken. Zugleich aber wurden auch Probleme zugegeben, die wie folgt umrissen wurden:

- die Schwäche der Arbeit an der Basis, so daß ein Teil der Dorforganisationen die Aufgabe der Familienplanung nicht durchführen kann;
- in einigen Regionen kommt es immer wieder zu der Erscheinung, daß Parteikader außerplanmäßige Kinder haben;
- Fälschung von Bevölkerungsstatistiken;

- mangelnde Aufklärung über Verhütung und niedriges Niveau der technischen Dienstleistungen, so daß es immer noch zahlreiche Paare gibt, die keine Verhütungsmaßnahmen ergreifen;
- Laxheit der Parteikader in bezug auf Familienplanung;
- zu geringe Investitionen in die Familienplanungsarbeit;
- Korruptionserscheinungen.

Im Jahre 1999 sollen verstärkte Anstrengungen zur Überwindung dieser Mängel unternommen werden. (RMRB, 15.3.99)

Ressourcen: Bei den Ressourcen nannte Jiang Zemin hauptsächlich die beiden knappen Ressourcen Boden und Wasser. Allgemein gehe es darum, beim Umgang mit den Ressourcen sparsam zu sein und sich um Steigerung der Effektivität zu bemühen. Die Ressourcen seien zu schützen und vernünftig zu gebrauchen. Angesichts der hohen Bevölkerungszahl müsse China das strengste Bodenkontrollregime der Welt haben. Niemand dürfe illegal Land in Anspruch nehmen, das Bauern vertragsmäßig bewirtschaften. Wasserknappheit sei ein ernstes Problem. Gegen Verschwendung und Verschmutzung sei vorzugehen, und die Kontrolle sei zu verschärfen. Wassersparen sei eine langfristige harte Maßnahme, die alle Branchen und Lebensbereiche betreffe. (RMRB, 14.3.99)

Umwelt: Hinsichtlich der Verbesserung der Umweltbedingungen in China forderte Jiang Zemin, die Angleichung der Industriestruktur und den Ausbau der Infrastruktur in Angriff zu nehmen, damit der Umweltschutz verbessert werde. Bis zum Jahr 2000 sollen Umweltverschmutzung und Umweltzerstörung eingedämmt und die Umweltqualität in einem Teil der Städte und Regionen verbessert sein. Bis zum Jahr 2010 soll der Trend der Verschlechterung der Umwelt im wesentlichen umgekehrt sein und soll sich die Umweltqualität in den Städten und auf dem Lande allgemein deutlich verbessert haben. Bis zum Jahr 2000 müssen alle Provinzen umweltschädliche Abfälle kontrollieren und nach staatlichen Normen entsorgen. (RMRB, 14.3.99)

Konnten in bezug auf die Geburtenregelung in den vergangenen zwei Jahrzehnten trotz aller Mängel deutliche Erfolge erzielt werden, so sind in bezug auf den sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen und den Umweltschutz noch gewaltige Anstrengungen erforderlich, bis hier eine Umkehr zu verzeichnen sein wird. Bis vor kurzem stand China immer noch auf dem Standpunkt, daß die Wirtschaftsentwicklung Vorrang habe. Inzwischen hat die politische Führung eingesehen, daß die Ressourcenknappheit und der Umweltschutz entscheidende Entwicklungsfaktoren sind. Bis diese Erkenntnis die Basis erreicht haben wird, werden wohl noch viele Jahre vergehen. -st-

20 Die Schriftstellerin Bing Xin gestorben

Am 28. Februar 1999 ist die bekannte Schriftstellerin Bing Xin im Alter von 99 Jahren verstorben (RMRB, 1.3.99). Sie gehörte der Schriftstellergeneration aus der Zeit der 4.-Mai-Bewegung und danach an und hatte ihre produktivste Zeit in den zwanziger und dreißiger Jahren, als sie für die bedeutendste Schriftstellerin Chinas gehalten wurde. Sie war eine der letzten dieser Schriftstellergeneration, die noch lebten. Am 19. März 1999 fand auf dem Beijinger Ehrenfriedhof Babaoshan die Trauerfeier unter Anwesenheit zahlreicher Politiker statt, darunter die beiden Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros Li Ruihuan und Li Lanqing. Auch der Leiter der ZK-Propagandaabteilung Ding Guan'gen war erschienen. (RMRB, 20.3.99) Dem Tod der Schriftstellerin wurde in den Medien breiter Raum gewidmet. In offiziellen Nachrufen wurde die am 5.10.1900 in Fuzhou geborene Bing Xin als „außerordentliche Meisterin der Literatur, als loyale Patriotin, als prominente Persönlichkeit des öffentlichen Lebens und als treue Freundin der KPCh“ gewürdigt. In der Volksrepublik bekleidete sie zahlreiche Ämter und mehrere hohe Ehrenposten, so war sie zuletzt u.a. Ehrenvorsitzende des Chinesischen Schriftstellerverbandes, Mitglied des nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes und Ehrenvor-

sitzende der Chinesischen Gesellschaft zur Förderung der Demokratie (ebd.).

Bing Xin (eigentlich Xie Bingxin) begann ihre schriftstellerische Laufbahn in den zwanziger Jahren unter dem Einfluß der Bewegung des 4. Mai 1919 und der Bewegung für eine neue Kultur. Ihr Werk ist deutlich von Lu Xun beeinflusst und umfaßt sowohl Prosawerke, darunter Kinderliteratur, als auch Lyrik. In zahlreichen Erzählungen hat sie es verstanden, mit großer Sensibilität und psychologischer Beobachtung menschliches Leid darzustellen und stimmungsvolle Skizzen zu zeichnen. Sie widmete sich immer wieder der Schilderung menschlicher Probleme und Widersprüche im gesellschaftlichen Leben der damaligen Zeit - so z.B. in ihrem Roman „Zwei Familien“ (*Liangge jiating*) - und gilt daher als Vertreterin des „Problemromans“ (*wenti xiaoshuo*). In ihren beiden Gedichtsammlungen *Fanxing* und *Chunshui* sind rund 340 Gedichte enthalten, die vorwiegend in der Form der „kleinen Gedichte“ verfaßt sind und den Einfluß der traditionellen chinesischen Lyrik erkennen lassen. Bis in die achtziger Jahre hinein hat sie sich schriftstellerisch betätigt.

Eine Gesamtausgabe ihrer Werke erschien Anfang der neunziger Jahre unter dem Titel *Bing Xin quanji*. Hauptherausgeberin ist Zhuo Ru, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Literaturwissenschaftlichen Institut der Akademie der Sozialwissenschaften. Sie hat sich seit 1979 mit dem Ordnen und der Herausgabe der Werke Bing Xins befaßt. (Vgl. Interview mit Zhuo Ru in GMRB, 12.3.99, S. 9.) -st-

21 Starke Position der chinesischen Sprache im Informationszeitalter?

Auf kaum einem anderen Gebiet macht sich der Kulturchauvinismus Chinas so bemerkbar wie auf dem Gebiet der Sprachpolitik. Nicht nur ist China bemüht, seine Sprache von fremdsprachlichen, insbesondere englischen Einflüssen reinzuhalten, sondern es strebt auch an, die Stellung der chinesischen Sprache weltweit zu stärken und die Vormachtstellung des Englischen zumindest in Ostasien zu brechen. Dabei wird nicht zuletzt propagiert, daß die chinesische Spra-

che auch im Informationszeitalter kein Hindernis für die Kommunikation darstelle, sondern sich im Gegenteil für den Internetverkehr sehr gut eigne.

In diesem Zusammenhang wurde kürzlich mit Genugtuung auf die Nachricht reagiert, daß Südkorea im Februar 1999 das Verbot der Verwendung chinesischer Schriftzeichen aufgehoben habe (vgl. GMRB, 3.3.99, PC & Net World). Nach dem 2. Weltkrieg waren im Norden der koreanischen Halbinsel 1946 chinesische Schriftzeichen verbannt worden, im Süden waren sie 1948 in amtlichen Veröffentlichungen, 1968 allgemein verboten worden. Als Gründe für die Wiederverwendung chinesischer Schriftzeichen, so die GMRB, habe die koreanische Regierung angeführt, daß dadurch das Verständnis der traditionellen Kultur Koreas verbessert, die Kommunikation zwischen Korea und den Ländern und Regionen, die die chinesische Schrift verwenden, erleichtert und mehr Touristen aus diesen Ländern und Regionen nach Korea kommen würden. Die Wiederaufnahme der Verwendung chinesischer Schriftzeichen wurde in dem GMRB-Artikel als „Koreas Rückkehr zur konfuzianischen Kulturtradition und zur politischen Tradition des asiatischen Festlands“ begrüßt. Dieser Schritt bedeute objektiv eine Stärkung der Position des Chinesischen im Informationszeitalter. Ohne die Kenntnis chinesischer Schriftzeichen hätte Korea, das im Laufe seiner Geschichte eine Unmenge traditionellen Schrifttums in chinesischer Sprache angesammelt habe, keine Möglichkeit, seine konfuzianische Kultur zu verstehen und zu übernehmen; es sei dann eine Kultur, die ihre Wurzeln verloren habe.

Aus dem Artikel wird deutlich, daß China die Idee des konfuzianischen Kulturkreises unter chinesischer Dominanz wiederbeleben möchte. Als ein Mittel zur Erreichung dieses Zieles wird der chinesischsprachige Internetverkehr betrachtet. Kritisch wird vermerkt, daß Chinas Bevölkerung zwar zahlenmäßig die größte der Welt sei und daß auch die meisten Menschen in der Welt Chinesisch sprächen, daß aber die chinesische Sprache in der Informationswelt derzeit noch keine entsprechende Rolle spiele. Selbst im Internetverkehr in und nach China dominiere das Englische und sei das Chi-

nesische zu wenig vertreten. Dies sei auch ein Grund, weshalb so wenig neue Nutzer hinzukämen und die Entwicklung des Netzes gehemmt würde. (Daß die Hauptgründe in der Kontrolle des Netzes und den hohen Gebühren liegen, wird nicht erwähnt.)

Für eine chinesischsprachige Netzwelt werden in dem Bericht nicht nur China und Korea, sondern darüber hinaus Singapur, Japan und Vietnam in Betracht gezogen. Daß damit die Position der chinesischen Sprache in der Welt gestärkt würde, steht außer Frage. Eine andere Frage ist allerdings, ob ein chinesischsprachiges Internet für den alltäglichen Gebrauch in Wissenschaft und Wirtschaft so praktikabel wäre, denn die Eingabe chinesischer Schriftzeichen dauert deutlich länger als die Eingabe von Buchstaben in den Computer. Ein zusätzliches Hindernis stellt die in den betr. asiatischen Ländern unterschiedlich vorgenommene Vereinfachung der chinesischen Schrift dar. So gibt es z.B. ziemlich große Unterschiede zwischen den in Japan und den in China vereinfachten Schriftzeichen. Beide Einwände werden von chinesischer Seite als überwindbar angesehen. Hinsichtlich der Praktikabilität wird argumentiert, daß koreanische Wissenschaftler der Auffassung seien, die chinesische Schrift sei im Informationszeitalter keineswegs überholt, sondern eigne sich ausgesprochen gut für die Schaffung neuer Begriffe und die klare Darstellung komplizierter Sachverhalte. Bezüglich der unterschiedlichen Schriftentwicklung hegen chinesische Sprachpolitiker die Hoffnung, daß eine Vereinheitlichung der Schrift möglich sei.

Ein weiteres Hemmnis für die Ausbreitung chinesischsprachiger Datenetze über ganz Ostasien wird genannt: die unterschiedliche Kodierung chinesischer Zeichen für Computer in den einzelnen ostasiatischen Ländern. Sie verhindert die problemlose Übermittlung chinesischer Computertexte von einem Land in ein anderes und beeinträchtigt daher die internationale Kommunikation auf Chinesisch. Um die dadurch verursachte Zersplitterung der chinesischen Sprache im internationalen Verkehr zu überwinden und die Position des Chinesischen in den weltweiten Datennetzen zu stärken, wird die Vereinheitlichung der

Kodierung chinesischer Schriftzeichen für Computer gefordert. Zu diesem Zweck wurde bereits in den achtziger Jahren eine Expertengruppe aus Vertretern Chinas, Japans, Koreas, Vietnams und Singapurs gebildet, die einheitliche Standards für die Zeichenkodierung festlegt. Gegenwärtig sollen bereits an die 27.500 Zeichen kodiert sein. Von der Arbeit der Expertengruppe erhofft man eine Stärkung der Position der chinesischen Sprache im Informationszeitalter (ebd.). -st-

Außenwirtschaft

22 Neue Zugeständnisse Chinas an Marktöffnung für WTO-Beitritt?

Anfang März fuhr die US-Handelsbeauftragte Charlene Barshefsky nach China, um dort über den WTO-Beitritt mit der chinesischen Seite zu sprechen. Obwohl die Gespräche nach Aussagen des chinesischen Außenministers als konstruktiv beschrieben werden, gebe es noch erhebliche Unterschiede in der Sichtweise beider Länder. (SCMP, 2.3.99; XNA, 8.3.99)

Besorgt über die Möglichkeit, daß die USA und China in bilateralen Gesprächen zu Kompromissen kommen, die dann von den EU-Staaten übernommen werden müßten, meldete sich auch der stellvertretende EU-Präsident Sir Leon Brittan mit einem Kommentar in der Öffentlichkeit Anfang März zu Wort. Brittan erinnerte die USA daran, daß der WTO-Beitritt auf der Basis multilateraler Verhandlungen entschieden wird. Brittan wies darauf hin, daß die EU eigene Vorschläge hinsichtlich der Einführung von Übergangsperioden bei einem schnellen Beitritt gemacht hat. (XNA, 6.3.99)

Für China sind erneute Gespräche mit den wichtigsten Handelspartnern über den WTO-Beitritt auch deshalb von großem Interesse, da die Organisation im Jahre 2000 in eine neue Verhandlungsrunde einsteigt, deren Ergebnisse die Zugangsbarrieren für China weiter erschweren könnten. (XNA, 13.3.99)

Neue Hoffnungen einer Annäherung an die Positionen der USA und China entstanden Ende März 1999 anlässlich der Gespräche zwischen Ministerpräsident Zhu Rongji und Charlene Barshefsky. Von US-Vertretern war darauf verwiesen worden, daß die chinesische Seite bereit sei, mehr Lizenzen an US-Versicherungsunternehmen zu vergeben. Bisher gibt es nur sieben ausländische Versicherungsunternehmen, die in zwei chinesischen Städten Lizenzen erhalten haben. (AWSJ, 31.3.99)

Zu den chinesischen Vorschlägen bei den Verhandlungen Ende März zählte auch das Angebot, die Zölle weiter zu reduzieren und den Banksektor stärker für Auslandsbanken zu öffnen. Ein weiterer strittiger Punkt in den bilateralen Gesprächen ist die Öffnung des Telekommunikationsmarktes. Auch hierbei machte die chinesische Seite Angebote, mehr ausländische Joint Venture-Unternehmen zuzulassen. Weiterhin wurde eine teilweise Aufhebung der Restriktionen für den Import von US-Agrarprodukten angekündigt. Auch über die Umsetzung der außenwirtschaftlichen Liberalisierung gab es Angebote mit einer Verkürzung der Übergangszeiten. (IHT, 27./28.3.99)

Während des Besuches von Ministerpräsident Zhu Rongji Anfang April nahm die Frage des WTO-Beitritts in den Gesprächen mit dem US-Präsidenten Clinton ebenfalls eine wichtige Rolle ein. Wie einem Bericht des Weißen Hauses zu entnehmen ist, hat China mit Blick auf den WTO-Beitritt erhebliche Zugeständnisse gemacht, die eine umfassende Liberalisierung - wenn auch in vielen Fällen zeitlich gestaffelt - darstellen. Im nächsten *China aktuell* wird auf dieses Thema näher eingegangen werden. -schü-

23 Kritische Entwicklung der realisierten Auslandsinvestitionen in den ersten Monaten

In den ersten zwei Monaten 1999 gingen die realisierten Direktinvestitionen um 9,54% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres auf 4,2 Mrd. US\$ zurück. Die vertraglich zugesagten Direktinvestitionen, die die zukünftigen Investitionsabsich-